

Sigmar Gabriel zu Länderfinanzausgleich

"Lega-Süd" will "Spaltung des Landes"

Rainer Vogt – Quelle: www.spd.de - 24.1. 2011



Wollen Bayern, Hessen und Baden-Württemberg das Ende der innerstaatlichen Solidarität? SPD-Parteichef Sigmar Gabriel wirft den Südländern vor, mit ihrer geplanten Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich auf Stimmenfang gehen zu wollen. (Bild: Vogt/spd.de)

Für den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel ist die Ankündigung der Regierungen aus Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, gegen den Länderfinanzausgleich Klage einzureichen, eine „überflüssige Wahlkampfaktion“. Nicht nur die drei Länderchefs, sondern auch Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) und Sozialministerin von der Leyen (CDU) fordert Gabriel zu konstruktiver Zusammenarbeit auf.

Die südlichen Bundesländer provozieren eine „Spaltung des Landes“, wirft Sigmar Gabriel am Montag nach einer SPD-Präsidiumssitzung in Berlin den Landesregierungen in Wiesbaden, München und Stuttgart vor. Es geht um den Länderfinanzausgleich, über den leistungsstarke Bundesländer (wie Bayern) finanzschwachen Bundesländern (wie Saarland) unter die Arme greifen. Die sogenannten Geberländer wollen eine Neuordnung und üben mit der Androhung einer Verfassungsklage Druck auf die Nehmerländer aus.

Diesen Vorstoß „der Drei“ sieht Gabriel ganz klar durch die bevorstehenden Wahlkämpfe motiviert. Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat und die Aufgabe deutscher Politik sei es, so Gabriel, überall im Land vergleichbare Lebensbedingungen zu sichern. Das fordert auch das Grundgesetz. „Die drei Länder versuchen, sich aus der innerstaatlichen Solidarität herauszuziehen“, wirft der SPD-Chef der „Lega-Süd“, wie er sie in Anspielung an die „Lega-Nord“ in Italien nennt, vor.

